

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

11.5.1921 (No. 108)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Redaktion:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich:
Haupt-
redakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Buch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung monatlicher Beiträge und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Ansetzer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das staatliche Murgwerk.

In letzter Zeit ist mehrfach das Gerücht aufgetreten, daß in Forbach und Umgegend Bau- und Installationsmaterialien für das Murgwerk in großer Menge lagerten, die dem Verderben und der Wertminderung ausgesetzt seien. Das Gerücht ist völlig unzutreffend. Die für Bau- und Betriebszwecke vorhandenen Materialien halten sich in durchaus mäßigen Grenzen. Sie sind in ordnungsmäßiger Weise, soweit nötig, unter Dach und Fach gelagert und daher keineswegs dem Verderben ausgesetzt.

Sollte sich das Gerücht auf die in der Nähe der Raumünzschaffung lagernde Holzleitung beziehen, so wäre zu bemerken, daß diese für das demnächst in Angriff zu nehmende Bauwerk für den weiteren Ausbau des Murgwerks zu besonders günstigem Preise beschafft worden ist.

*Die Annahme des Ultimatums

Wie vorauszu sehen war, ist die Regierungsbildung im Reich im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage, ob wir das Ultimatum der Entente annehmen wollen oder nicht, erfolgt. Erst mußte man sich darüber klar werden, wie die Parteien zu dieser Frage stehen. Es mußte eine parlamentarische Mehrheit entweder für die Annahme oder für die Ablehnung auf die Beine gebracht werden.

Nach eingehenden Beratungen innerhalb der Fraktionen und nach ebenso eingehenden Besprechungen der Parteiführer untereinander und mit den Geschäftsträgern der fremden Mächte hat sich im Laufe der beiden letzten Tage eine Mehrheit für die Annahme ergeben. Folgerichtigerweise haben dann die Parteien, die diese Mehrheit ausmachen, auch die neue Regierung gebildet. Sie besteht aus dem Zentrum, den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen. Die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei sich auf den Standpunkt der Ablehnung festlegte und damit von der Mehrheit abrückte, hat es der Sozialdemokratie erleichtert, ihre bisherige Politik der Abstimmung zu verlassen und sich wieder an der Regierung zu beteiligen. Offenbar hätte sich die Sozialdemokratie aber auch mit der Mitarbeit der deutschen Volkspartei im Kabinett abgefunden, falls sich diese Partei für Annahme erklärt hätte.

Das neue Reichskabinett ist ein Kabinett Birtz-Bauer-Schäfer. Daß der bisherige Reichsfinanzminister Professor Dr. Birtz zum Reichskanzler ernannt worden ist, wird bei uns in Baden mit Freude verzeichnet werden. Wieder ist es ein Badener, der an leitender Stelle die Reichsgeschäfte zu führen hat. Den politischen Fähigkeiten Dr. Birtz dürfen wir weitgehendes Vertrauen entgegenbringen. In innerpolitischer Hinsicht empfiehlt er sich ganz besonders als aufrichtiger und überzeugter Vertreter der demokratischen Staatsidee und als ein Mann von Charakter und Entschlossenheit. In den Augen aller rechtsgerichteten oder nach rechts schielenden Elemente unseres Volkes galt seine Zugehörigkeit zu dem bisherigen Kabinett als das stärkste Hindernis einer erfolgreichen politischen Orientierung im Sinne der Reaktion. Die Deutsche Volkspartei würde zweifellos einem Kabinett mit Dr. Birtz an der Spitze nicht zugestimmt haben.

Was die übrigen Männer des Kabinetts betrifft, so ist der Sozialdemokrat Bauer (Vizekanzler und Reichsfinanzminister) aus seiner früheren Reichskanzleramtstätigkeit bekannt; der neue Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer hat sich seiner Zeit als sächsischer Ministerpräsident die Achtung auch der nicht sozialistischen Parteien erworben. Wirtschaftsminister ist der Sozialdemokrat Robert Schmidt geworden, der schon früher einmal Wirtschaftsminister war. Auch der deutschdemokratische Führer Dr. Schäfer war schon einmal Reichsjustizminister. Die Ministerien der Reichswehr, der Post, des Verkehrs, der Ernährung und der Arbeit bleiben in der Hand ihrer bisherigen Chefs. Die Geschäfte des Auswärtigen wird einstweilen der Reichskanzler selbst wahrnehmen, bis ein geeigneter Mann für die Übernahme dieses zur Zeit wichtigsten Ressorts gefunden ist. Das Reichsfinanzministerium und das Wiederaufbaumministerium werden erst in den nächsten Tagen besetzt werden.

Sehen wir uns nun die Mehrheit an, mit welcher gestern der Reichstag die neue Regierung zur Annahme des Ultimatums ermächtigt hat, so müssen wir leider

sagen, daß sie nicht sehr imponierend ist. Mit 221:175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung hat der Reichstag seinen schicksalsschweren Entschluß gefaßt.

Daß die „Deutschnationalen“ geschlossen gegen die Annahme stimmen würden, war bekannt. Innerhalb der Deutschen Volkspartei waren noch bis vorgestern die Meinungen geteilt. Hatte sich doch selbst der offizielle Führer der Partei, Herr Stresemann, zu der Erkenntnis durchgerungen, daß man annehmen müsse. Im letzten Augenblick ist dann der Umschwung erfolgt, und zwar auf den Druck des schwerindustriellen Flügels hin und vielleicht auch aus Angst, daß die „Deutschnationalen“ aus einer zustimmenden Haltung der Deutschen Volkspartei gar zu gutes Propagandamaterial herauszuschlagen könnten.

Daß die Fraktionsmitglieder der Deutschen Volkspartei reiflos gegen die Annahme gestimmt haben, darf wohl angenommen werden. Die Bayerische Volkspartei hat dann gleichfalls gestern im Reichstag erklären lassen, daß sie das Ultimatum nicht annehmen könne. Die drei eben genannten Parteien verfügen zusammen aber durchaus nicht über 175 Stimmen. Es müssen also etwa annähernd die Hälfte der Demokraten, die Kommunisten und einige Zentrumsabgeordnete ebenfalls gegen die Annahme gestimmt haben.

Für eine sichere Führung der Regierungsgeschäfte reicht die Mehrheit natürlich vollkommen aus. Im Hinblick auf das Ausland wäre jedoch eine etwas imposantere Mehrheit sehr zu wünschen gewesen. Frankreich wird sich die Tatsache, daß eine starke Minderheit gegen die Annahme des Ultimatums gestimmt hat, als willkommenes Agitationsmittel gegen Deutschland sicherlich nicht entgehen lassen. Daraus erwächst für die Mehrheit und ihre Regierung ganz von selbst die eiserne Pflicht, mit rücksichtsloser Entschiedenheit alles zu tun, um nun aber auch wirklich eine zielbewusste Fortführung der Politik nach dem klaren Willen der Mehrheit des Volkes zu gewährleisten. Mit Kompromissen und Baktierungsgeistlichen wird man der Minderheit doch nicht heikommen können. Im Gegenteil: eine jede Nachgiebigkeit, ein jedes Zeichen von Schwäche wird von dieser reaktionslüsternen und von nationalstiftischen Bahnvorfstellungen beeinflussten Minorität sehr geschätzt für die eigenen Zwecke und Ziele ausgenutzt werden. Wir müssen unsere Politik jetzt endlich einmal festlegen auf eine bestimmte Linie. Diese Linie ist durch die Annahme des Ultimatums vorgezeichnet. Ein jedes Abweichen von ihr müßte uns die Katastrophe bringen!

Die Notwendigkeit der Annahme des Ultimatums kann nicht besser begründet werden, als durch die Worte, die gestern Reichskanzler Dr. Birtz hierzu gesprochen hat. Eine Ablehnung würde bedeuten: die Zwangsvollstreckung über unsere ganze Volkswirtschaft, Sklavensarbeit unter Aufsicht feindlicher Besatzungen, Auslieferung der Grundlage unserer ganzen industriellen Tätigkeit, die Zerreißung unseres doch stark geschwächten Wirtschaftskörpers, die Verelendung unseres ganzen Erwerbslebens. Aber noch ungeheurer müßte die Wirkung einer Ablehnung sein für die politische Existenz unseres Reiches. Hier steht allerdings mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. Um das Reich und seine Einheit zu retten und deutsches Land vor der Gefahr einer feindlichen Invasions zu bewahren, hat sich die Mehrheit zur Annahme des Ultimatums bereit erklärt. Die Annahme des Ultimatums beseitigt die drohende Befreiung des Ruhrgebietes. Die vielfach geäußerte Besorgnis, daß es auf jeden Fall zum Einmarsch kommen werde, findet in dem Wortlaut des Ultimatums keine Stütze.

Es ist schwer zu verstehen, wie gar gerade solche Parteien, die sich eines ganz besonders feinen Nationalgefühls rühmen, gegen die Annahme des Ultimatums stimmen konnten. Nur völlige politische Verblendung oder das Vorwalten von ganz bestimmten Interessen vermögen diese Haltung zu erklären. Wäre es nach dem Willen der Minderheit gegangen, so würde allerdings das Eintreten, was nach den Worten des Grafen Sforza gerade ein jeder vaterländisch fühlende Staatsmann verhindern muß, nämlich die Befreiung heimatischen Gebietes durch feindliche Truppen; und es würde darüber hinaus der erste Akt des Widerstandes werden

können, der die politische und wirtschaftliche Existenz des deutschen Volkes wirklich an der Wurzel trifft.

Wir müssen es festhalten für alle Zeit, daß es gerade die nationalistischen Parteien gewesen sind, die dem Vaterlande solches zuzugemutet haben. Die Ausrede, daß ein energischer Widerstand die Entente zur Reue bringen werde, hat nach den Erfahrungen der letzten Monate wahrlich keine Geltung mehr. Wer heute noch glaubt, daß die Entente sich durch Trost und Ablehnung zu unseren Günstigen wird belehren lassen, der ist unbelehrbar, dem ist nicht mehr zu helfen! Aber unter allen Umständen muß verhindert werden, daß diese Politiker, die mit ihrem Tun und Treiben die fürchterlichste Gefahr für unser Vaterland sind, irgendwie und irgendwo einen faktischen Einfluß auf die Entschlüsse und Maßnahmen der Reichsregierung gewinnen.

Zunächst werden ja sicher zum mindesten die „Deutschnationalen“ zu der neuen Regierung und ihrer Politik in schärfster Opposition treten. Der fromme Wunsch des Abgeordneten Dr. Haas, daß keine Partei jetzt die Regierung sabotieren dürfe, und daß alle Parteien dann, wenn das Ultimatum angenommen ist, auf seinen Boden treten müßten, wird ein frommer Wunsch bleiben. Die Parteien der Rechten haben das Ergebnis der Abstimmung mit „Pfeifern“ aufgenommen, der beste Beweis dafür, daß sie gar nicht daran denken, die wahrlich vaterländischen Motive, die die Mehrheit leiteten, anzuerkennen.

Größenwahn und Selbstüberschätzung, politische Verblendung und Einseitigkeit beherrschen die Politik dieser Parteien. Und hinzu kommt bei ihnen einflussreichsten Drahtziehern der Interessentandpunkt, der in den Augen des Großindustriellen und Großkapitalisten allerdings die Befreiung des Ruhrgebietes und die sich daraus ergebenden Folgen durchaus nicht als das Übel erscheinen läßt, das es für die Massen unseres Volkes und für alle wirklich national empfindenden Deutschen ist. Die Großindustriellen und die Großagrarier, die die Politik der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei mitzubestimmen haben, würden persönlich allerdings mit ihrem Geldbeutel kaum schlechter fahren, falls die in dem Ultimatum angedrohten Sanktionen durchgeführt würden. Ja, wahrscheinlich haben sie bereits berechnet, daß sie dann noch mehr und noch besser verdienen würden. Wird dagegen das Ultimatum angenommen, müssen wir die Reparationssumme zahlen, so werden diese Schichten allerdings wohl oder übel Opfer bringen müssen, nachdem es ihnen gelungen ist, sich bisher um so manches Opfer herumzudrücken. Vielleicht wird dann auch wieder ein Erzberger kommen, der ihnen die Taschen öffnet und sie zwingt, ihren Nationalismus nicht nur durch Geschrei, sondern auch durch Taten zu beweisen!

*„Das Reichsgericht und das badische Regierungsblatt“.

Unter dieser Überschrift polemisiert Landgerichtsrat Schäfer-Konstanz in der „Südd. Ztg.“ gegen die „Karlsruher Zeitung“, weil sie einen Artikel ihres Mitarbeiters Dr. Altmann abgedruckt hat, in welchem kritisch über die Frage gesprochen wird, ob es richtig war, daß mit der Aburteilung der Kriegsverbrecher lediglich das Reichsgericht betraut wurde. Herr Schäfer unterschlägt seinen Lesern die Tatsache, daß wir jenen Artikel mit einer Fußnote versehen haben, in welcher wir ausdrücklich sagen, daß wir uns nicht mit jeder Einzelheit identifizieren wollen. Eine solche einschränkende Bemerkung vorausgesetzt, halten wir uns allerdings nicht nur für berechtigt, sondern geradezu für verpflichtet, auch solchen Darlegungen Raum zu geben, die in ernsthafter Weise an dieser oder jener Maßnahme Kritik üben.

Ob die Kritik Dr. Altmanns in allen Punkten zutrifft, können wir natürlich nicht entscheiden. Daß sie zutrifft, wenn man das Reichsgericht nach dem Artikel des Landgerichtsrats Schäfer beurteilen wollte, ist sicher. Denn dieser Herr ist allerdings in dem vorliegenden Fall nicht imstande gewesen, die „Objektivität und Unparteilichkeit“ aufzubringen, die für eine leidenschaftslose Rechtsprechung Voraussetzung sind. Er hat jene, für die Beurteilung unseres Verhaltens entscheidende Fußnote seinen Lesern unterschlagen, und er hat sich zu einer Polemik hinreihen lassen, die völlig subjektiv von parteipolitischen Tendenzen bestimmt ist.

In alledem hat er, noch eine unwahre Behauptung gefügt, die einer Beleidigung gleichkommt. Er hat behauptet, der leitende Redakteur der „Karlsruher Zeitung“ habe seine Hauptaufgabe darin erblickt, die gefallenen Fürsten zu besudeln und ihnen den Ekelstreich zu verfechten.“ Das ist eine Verleumdung! Wir fordern Landgerichtsrat Schäfer-Konstantz hier in aller Form auf, umgehend den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung zu erbringen.

Die eisenerzeugende Industrie im Jahre 1920

I.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben:

Das Wirtschaftsjahr 1920 war für die eisenerzeugende Industrie eine Periode scharfer Gegensätze und starker Beanspruchungen. Der Beginn des Jahres brachte Schwierigkeiten in der Erzeugung, Eisennot der Verbraucher und sprunghaft gesteigerte Preise mit allen Anzeichen einer Hochkonjunktur. Dagegen machten sich zum Jahresende bei einer Eisenerzeugung von leidlichem Umfang, völlige Luftlosigkeit der Märkte und scharf sinkende Preise bemerkbar. Während des ganzen Jahres lasteten auf der Industrie der Druck des Vertrages von Versailles und das Verhölten Frankreichs mit seinen hemmenden Einflüssen auf Transportwesen, Erzbeschaffung und Kohlenversorgung, nicht minder der ständig wechselnde Wertstand der Mark, politische Wirren, Streiks und die Vorbereitungen der auch das deutsche Wirtschaftsleben berührenden Weltmarktkrise.

Die Erzversorgung der deutschen eisenerzeugenden Industrie war zu Jahresbeginn der Gegenstand erster Sorge. Der Friedensvertrag hatte Deutschland 79 Proz. seiner Eisenerzförderung genommen, nämlich von 35,9 Mill. t Erz, mit 10,5 Millionen t Eisenerz (im Jahre 1913), 28,4 Millionen t Erz mit 8,1 Millionen t Eisenerz. Und doch sollten die 75 Prozent der Deutschland verbliebenen Hochöfen mit einer Erzeugungsfähigkeit von 12,8 Millionen t Roheisen (einschließlich Saargebiet) arbeiten und mit Erz versorgt werden. Die Förderung der verringerten inländischen Erze konnte, wenngleich sie seit Ausbruch des Krieges erheblich gesteigert worden war, den Bedarf der Hütten schon unter sonst günstigen Verhältnissen nicht decken. Sie konnte es im ersten Vierteljahr 1920 um so weniger, als sie durch Streiks mehrfach gestört wurde. Es traf die Eisenerzeugung daher besonders hart, daß selbst die inländische Erzförderung infolge der furchtbaren Zerrüttung des deutschen Verkehrslebens den Werken nicht einmal zugeführt werden konnte. Die Ablieferung von 5000 der besten Lokomotiven und 136 000 Güterwagen aus dem im übrigen stark heruntergewirtschafteten Baden, und Lokomotivpark an Frankreich und die Übergabe von weiteren rollenden Material an Polen und die Tschechoslowakei, wie sie der Vertrag von Versailles Deutschland auferlegt hatte, hatten den früher so zuverlässigen deutschen Eisenbahnverkehr zu stark in Anspruch genommen.

Dazu gaben Eisenbahnstreiks im Januar und April auf der einen Seite, auf der anderen vermehrte Beanspruchung der Bahnen infolge Hochwassers des Rheins, Streiks der Binnenschiffer, Festlegung von rollendem Material in Transporten für den Feindbund, ungleichmäßige Belieferungen, hervorgerufen durch Streckenperre aus den überfluteten im Ruhrgebiet immer neuen Gruben, den Erzverstand ins Stoden zu bringen, und die Gruben zu zwingen, ihre Förderung auf Halbe zu stützen.

Um so empfindlicher wirkte zunächst die in Fortsetzung des Versailler Vertrages von Frankreich besetzte Ausfuhrpolitik bei Minetteerzen. Diese hatten bisher das Hauptkontingent des deutschen Erzverbrauches gestellt. Bis zum Januar 1920 hatte Frankreich, das für seine Hochöfen dringend Roks notwendig hatte, auf Grund des „Luxemburger Abkommens“ 1,25 t Minette gegen 1 t Roks, wenn auch nicht in voller Höhe des deutschen Anspruchs, geliefert. Monatlich handelte es sich dabei um Lieferungen in Höhe von etwa 200 000 t Minette. Dieses Abkommen wurde jedoch mit dem Abschluß des Friedensvertrages nicht erneuert und Frankreich ließ zunächst nur die Menge Minette an Deutschland heraus, um die es noch aus dem Luxemburger Abkommen in Rückstand war. Im April stockte infolge der Streiks der Lothringener Gruben- und Eisenbahnarbeiter die Minettelieferung fast ganz.

Ein Teil der fehlenden französischen Zufuhren konnte aus den Vorräten der Hütten an Minette und Schwedenerzen genommen werden, oder wurde durch die erhöhte Anwendung von Schrott im Hochofen ersetzt. Ausschlaggebend für eine ausreichende Versorgung der eisenerzeugenden Industrie mit Erz blieb die Erzzufuhr aus Schweden und Spanien. Auch diese hatte der Feindbund, da er sie nach Aufhebung der Blockade schon nicht unterbinden konnte, denkbar erschwert.

Die große Knappheit an neutralem Frachtraum, die stark steigenden Frachtraten für neutralen Schiffsraum und der bis Anfang März ständig sinkende Wertstand der Mark bedeuten für die deutschen Hütten zugleich Ungünstigkeit und wesentliche Vertierung ihres ausländischen Erzbezuges während der ersten Monate des Jahres 1920. In dieser Notlage wurden zunächst kleinere, bisher für den Erztransport nicht benutzte deutsche Schiffe auf Erzfrachten umgestellt. Bei zunehmendem Angebot von neutralem Schiffsraum und bei den durch das Steigen der Mark verbilligten Frachten konnten dann aber von etwa Mai an für die eisenerzeugende Industrie Erze aus Schweden und Spanien in steigendem Maße herangeführt und trotz eines Streiks der schwedischen Grubenarbeiter im Juni der Anfall an Minette ausgeglichen werden.

Seit etwa Mitte des Jahres bildete sich sogar ein Mißverhältnis zwischen dem deutschen Bedarf, der aus Brennstoffmangel und infolge gemindertem Roheisenverbrauches zurückging, einerseits und dem dringlichen ausländischen Erzangebot andererseits heraus. Die Erzpreise gingen zurück; da gleichzeitig auch die Frachtraten weiter sanken, wurde der Erzbezug zu angemessenen Preisen auch dann nicht gestört, als die Entwertung der Mark sich von August 1920 ab wieder durchsetzte und bis Anfang November anhielt.

Die durch Frankreichs Politik erzwungene Umstellung der Hüttenwerke von Minette auf hochprozentige Auslandserze stellte sich sogar für die deutsche Wirtschaft als ein technischer Fortschritt heraus und regte zur Beibehaltung dieses Mittels an, als der Grund seiner Einführung weggefallen war. Das wirtschaftliche Ergebnis des Hochofenprozesses bei der Verbüttung von schwedischen und deutschen Erzen mit einem Zuschlag spanischer und amerikanischer Erze ist nämlich wegen des geringeren Roheisenverbrauches, auf den besonders zu achten sich die Werke durch die Verhältnisse auf dem Brennstoffmarkt gezwungen sahen, günstiger als bei der Verbüttung von Minette, so daß Deutschland, so lange wir von dem Auslande ausreichend hochprozentige Erze beziehen können, nicht auf den Bezug von Minette in dem Maße angewiesen ist, wie es eine Zeit lang den Anschein hatte. Als daher unter dem Druck der eigenen Wirtschaftslage Frankreich seine Ausfuhr-

politik für Minette änderte und vom 15. September an 150 000 t Minette monatlich zur Ausfuhr nach dem unbesetzten Deutschland freigab, mußte es die Erfahrung machen, daß diese Mengen trotz der nachgegebenen Preise im Dezember nicht einmal mehr von Deutschland voll abgenommen wurden.

Der aus dem Brennstoffmangel und aus dem Streben nach größtmöglicher Verbilligung der Schmelzofen geborene Trieb zur Verbüttung hochwertiger Erze und deren starkes Angebot hat leider dem Absatz der inländischen Erzgruben empfindlichen Abbruch getan und diese im Kriege unentbehrlichen Gewinnungsfaktoren einem Rückbildungsprozeß unterworfen, der sie zwang, sich in ihrem Betriebsumfange und in der durch eine wirtschaftliche Verwendbarkeit bedingten Marktfähigkeit ihrer Erze nach und nach wieder den Verhältnissen der Vorkriegszeit anzupassen.

Ebenso wie bei der Erzversorgung war in den ersten Monaten des Jahres 1920 die Versorgung der eisenerzeugenden Industrie mit Kohle bezw. Roks völlig unzureichend. Die politischen Wirren zerstörten die erfreulichen Ansätze vermehrter Förderung, die das Ende Februar im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier abgeschlossene Übersichtsabkommen schon gezeitigt hatte und der trostlose Zustand der Verkehrsbedingungen ließ es nicht zu, die geforderten Kohlen den Bedarfstellen zuzuführen. Dazu verlangte der Feindbund von dem Benigen an Kohle, das überhaupt gefördert und bewegt werden konnte, auf Grund des Vertrages von Versailles unerbittlich zunächst etwa 1 Million t monatlich. Die Folge war, daß in Deutschland eine Reihe von Hochöfen ausgeblieben und viele andere gedämpft werden mußten, und daß die weiterverarbeitenden Betriebe in großer Zahl zum Erliegen kamen. Selbst Werke mit eigenen Zechen machten davon keine Ausnahme.

Kaum hatte ein warmes Frühjahr einen frühzeitigen Rückgang des Kohlenbedarfes für Hausbrandzwecke, das Verfehren von Übersichtsdaten eine Mehrförderung und die Besserung der Transportverhältnisse, welche wieder das Abfahren von Halbenbeständen gestattete, etwa Mitte Mai beginnend eine Erleichterung der bis dahin bezweifelten Kohlenlage gebracht, als das Diktat von Spa die gesamte deutsche Industrie in die kaum überwindene Brennstoffnot wieder zurückwarf. Der Abbruch von monatlich 2 Millionen t Kohle, setzte fast gleichzeitig mit dem Beginn der Hausbrandversorgung für den kommenden Winter und einer neuen der deutschen Industrie ungünstigen Verteilung oberflächlicher Kohle durch die Entente ein. Durch umfassende Verwendung von Ersatzbrennstoffen, vor allem von Braunkohle, durch Steigerung der Förderung mittels Verfahrens von Übersichtsdaten, die nur im Juli kürzere Zeit verweigert wurde, und durch Ergänzung dieser Förderung durch günstiger Transportverhältnisse aus den Halben der Zechen und den geringen Vorräten der Werke gelang es, eine Zeit lang die Last der Kohlenabgabe an die Entente für die eisenerzeugende Industrie weniger fühlbar zu machen. Als dann aber die Verkehrswege der Eisenbahnen im Herbst wie stets gespannter wurde und im November und Dezember ein ungewöhnlich ungünstiger Wasserstand den Verkehr auf dem Rhein und den Kanälen zum Stillstand brachte, gleichwohl aber die Kohlenlieferungen an den Feindbund in voller Höhe fortgesetzt werden mußten, ließen sich einschneidende Betriebsbeschränkungen bei der eisenerzeugenden Industrie, vor allem in den Walzwerksbetrieben nicht mehr vermeiden, zu einem Zeitpunkt, zu dem Frankreich und Belgien so sehr in deutscher Sparnot schwammen, daß die dortigen Kohlengruben zum Teil sogar aus Absatzmangel Feierstunden einlegen mußten, und zu dem die eisenerzeugende Industrie dieser Länder in voller Beschäftigung stand.

Die Resultate dieser Entwicklung ergibt folgendes Bild des Wirkungsgrades und des Umfangs der Erzeugung der eisenschaffenden Industrie Deutschlands während der einzelnen Zeitschnitte.

Vom Beginn des Jahres bis etwa Mitte April zieht sich infolge einer Dürre von Schwierigkeiten auf allen Gebieten eine Periode starker Drosselung der Erzeugung und eines unwirtschaftlichen Arbeitens der Werke und Betriebe, deren Selbstkosten daher stark steigen und denen die Abtretung ihrer Auslandskredite außerdem schwere Lasten auferlegt. Wie stark der Rückgang der Erzeugung gewesen ist, geht daraus hervor, daß im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1920 nur etwa 40 Prozent an Roheisen und 48,2 Prozent an Roks fast der monatlichen Durchschnittserzeugung des Jahres 1913 hergestellt wurde.

Ende April zeigten dann günstigere Vorbedingungen und ein Ansteigen der Produktion ein.

Der August brachte als Folge des Spa-Abkommens eine Einschränkung der Brennstoffversorgung der Eisen- und Stahlwerke, welche bisher auch schon nur mit etwa 55 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit mit Kohle hatten beliefert werden können, um weitere 12,5 Prozent. Damit setzte unvermittelt ein Rückschlag in der Erzeugung ein. Die Höhe der Juli-erzeugung hat sich nicht wieder erreichen lassen.

Wenn es der eisenschaffenden Industrie trotz dieser Hemmnisse und der später noch zu erwähnenden ungünstigen Marktverhältnisse überhaupt gelungen ist, ihre Produktion auf die tatsächlich erreichte Höhe zu bringen, so ist dies in erster Linie der tatkräftigen Initiative der Werke zu verdanken.

Die erreichte Höhe der Erzeugung wäre auch undenkbar gewesen ohne den ehelichen Arbeitswillen der großen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten. Nachdem die gewaltige politische Bewegung der Märztage, welche die deutschen Industriegebiete mit alleiniger Ausnahme Oberösterreichs zum Kampfplatz gemacht und jede Erzeugung dort erstarrt hatte, abgeklaut und Ordnung und Arbeitsmöglichkeit wieder eingebracht waren ist es zu ernstlichen Arbeitsstörungen im Laufe des Jahres 1920 nicht wieder gekommen. Nicht nur, daß die Arbeiter der Idee des Preisabbaues ihrerseits Opfer brachten und durch Verzicht auf weitere Lohnbewegungen für längere Zeit den Grund einer wohlthätigen Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung legten, auch die Leistungen der Arbeiter hoben sich, und ruhige Überlegung griff auch gegenüber dem Affordlohnssystem wieder Platz, das vielfach erneut Eingang fand und Erfolge erzielte.

Politische Neuigkeiten.

Regierungsbildung und Annahme des Ultimatums.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Finanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach seinen Vorschlägen folgende Reichsminister ernannt: Reichsfinanzministerium und Vizekanzler Bauer, Inneres Dr. Gradnauer, Wirtschaft Robert Schmidt, Justiz Dr. Schiffer, Meer Dr. Gessler, Post Wiesner, Verkehr Gröner, Arbeit Dr. Brauns, Ernährung Vermees, Außenwes mit einwilliger Wahrnehmung der Geschäfte Dr. Wirth, Finanz und Wiederaufbau noch unbekannt.

Am 9. Uhr Abends versammelte sich der Reichstag zur Entgegennahme einer Erklärung der neuen Regierung.

Reichskanzler Dr. Wirth führte folgendes aus:

Der Herr Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen, und ich habe geglaubt, in einer so entscheidungsschweren Stunde mich diesem Rufe nicht entziehen zu dürfen. Dr. Wirth stellt hierauf das neugebildete Kabinett vor und erklärt, daß die Ergänzung des Kabinetts in Erwägung aller für seine Zusammensetzung wesentlichen Gesichtspunkte unverzüglich in Angriff genommen wird. — Der Redner fährt fort: Meine Damen und Herren! In dieser schweren Stunde ist die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierungen herbeizuführen. In langwierigen und eingehenden Verhandlungen haben Sie, meine Damen und Herren, sich Ihre Meinung über Inhalt und Bedeutung des Ultimatums gebildet. Im Hinblick auf den Ablauf der Frist muß ich Sie bitten, dieser Ihrer Meinung durch unverzügliche Entschließung Ausdruck zu geben.

Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als Annahme oder Ablehnung. So hat dies der Sieger beschlossen. Das Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in friedlicher Arbeit zu tragen. Die Ablehnung aber würde bedeuten die Zwangsvollstreckung über unsere ganze Volkswirtschaft, würde bedeuten Sklaverei unter Aufsicht feindlicher Besatzungen, würde bedeuten die Auslieferung der Grundlage unserer ganzen industriellen Tätigkeit, und die Zerrückung unseres so stark geschwächten Wirtschaftskörpers, die Verelendung unseres ganzen Erwerbslebens wäre die Folge. Aber noch ungeheurer könnte sich die Wirkung auslösen für die politische Existenz unseres Reiches. Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Sehr richtig.) Es handelt sich um die ganze Zukunft unseres hartgeprüften vielgeliebten Vaterlandes, darum, das Reich und seine Einheit zu retten und deutsches Leben vor der Gefahr feindlicher Invasion zu bewahren und die deutsche Freiheit zu retten. (Rachen bei den Kommunisten.) Dafür ist das deutsche Volk zu den höchsten materiellen Opfern bereit.

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an. Wir wissen, daß mit dieser Annahme gewaltige Folgen verknüpft sein werden für die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, wie vor allem, daß die Wirkungen für die weltwirtschaftliche Eingliederung Deutschlands außerordentlich schwer sein werden.

Die Verantwortung für die volkswirtschaftlichen Folgen liegt bei der Gegenseite. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen und dadurch die Atmosphäre schaffen, in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. Durch die Annahme des Ultimatums befeitigen wir die drohende Befehung des Ruhrgebietes. Die vielfach geäußerte Besorgnis, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterzeichnen oder nicht, zum Einmarsch kommen würde, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Nach seinem Sinn und Wortlaut bildet die Annahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbefehung des Ruhrgebietes, die Grundlage der Annahme des Ultimatums.

Daß wir bei dieser schicksalsschweren Entscheidung unserer Will auch auf Oberflächlichkeit verzichten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Rechte höhnisch sprechende vollendete Tatsache zu schaffen, nicht dulden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, aus dem uns nun die ganzen Lasten auferlegt werden, begründet für die alliierten Regierungen peinliche Pflichten. Die neue Regierung empfiehlt Ihnen nach gewissenhafter Prüfung die Annahme des Ultimatums. (Beifall.)

Nach der Erklärung des Reichskanzlers trat das Haus in die Besprechung ein.

Für die Sozialdemokratie gab Abg. Wels eine Erklärung ab, die besagt die politische Verantwortung für die Annahme und Ausführung des Ultimatums falle nach Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Parteien zu, die am meisten zur Verlingerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten. Da aber jene Parteien in schwerster Stunde versagten und auf einer Politik beharrten, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Randesteile in Feindeshand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht, auch heute die von den eigentlichen Verantwortlichen im Lande gelassene Aufgabe mit zu übernehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher ihre Teilnahme an einer Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor unmittelbarer katastrophalen Folgen, die eine Ablehnung zur Folge hätte, retten und den ehelichen Versuch machen will, die uns auferlegten Verpflichtungen nach bestem Können zu erfüllen. Zur Lösung dieser schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe bedarf die Regierung der Einsicht und der hingebungsvollen Unterstützung der breitesten Volkskreise. Aus diesem Grund sind wir zur Unterstützung der neuen Regierung bereit. (Beifalliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimbosen gab namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich gehalten, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Alliierten in seinem Fortbestand weniger gefährdet sei, wie bei den mit ihrer Ablehnung eintretenden Wirkungen. Im Falle der Ablehnung wird mit der Befehung des Ruhrgebietes gedroht. In der Überzeugung, daß es für die Erhaltung und für die Wiederherbebung Deutschlands keinen anderen Weg gibt, als die Unterstützung der Reichsregierung, haben wir uns entschlossen, unsere Zustimmung hierfür durch unser Antwort zum Ausdruck zu bringen, womit wir zugleich die Erfüllung unserer Entlohnungszusage aussprechen. Dem Kabinett, das auf der Grundlage der Bereitwilligkeit zur Unterstützung gebildet worden ist, sprechen wir unser Vertrauen aus. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Die Fraktion ist einmütig der Auffassung, daß die uns im Ultimatum zugemuteten Forderungen nicht ertragen werden können, ohne aus Zusammenbruch zu führen. Das Ultimatum erfolgt zu einer Zeit, wo unsere Grenzen noch nicht einmal feststehen, in der Zeit schwerer

Der Gefahr, um unsere Rechte im Osten aufzugeben. Jedem haben unsere Forderungen auf Garantien wegen Aufhebung der Sanktionen keine befriedigende Antwort gefunden. Aus diesem Grunde haben wir unsere Zustimmung zur Unterzeichnung nicht geben können. (Beifall rechts.)

Abg. Hertz (D. N.): Die deutsche Regierung rührt auf geschwollenen Füßen. Die Erklärung der Sozialdemokratie schneidet die Verantwortung dem Bürger zum. Dabei weiß sie, daß diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Es gibt niemanden im Volke, der diese Zumutungen für durchführbar hält. Der ganze auswärtige Ausschuß, von rechts bis links, stand auf diesem Standpunkt. Die Sozialdemokratie kann daher jetzt die Verantwortung nicht ablehnen darüber, daß die deutsche Arbeiterschaft in widerstandsloser Abhängigkeit vom Auslande gezwungen wird. (Beifall links.) Der Reichstanzler hat gemeint, die Ablehnung würde zu Eliterei führen. In Afrika hat man die Eliterei abgeschafft. Durch dieses Ultimatum wird sie bei uns eingeführt. Die Oberschleifische Frage wird weislos durch die Annahme in ein neues Stadium gebracht. Englische Zusicherungen sollen dafür sprechen. Das bezieht sich aber nur auf gewisse ober-schleifische Bezirke, nicht auf das ganze, ungeteilte Oberschlesien. Die Regierung gibt sich auf hier großen Illusionen hin. Zusammenfassend erkläre ich namens meiner Fraktion: Wir lehnen die Annahme des Ultimatums ab, weil es unerfüllbar ist und seine Annahme das deutsche Volk in kurzer Zeit wieder vor die Frage wie heute stellen würde, weil das Verlangen der Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrechen ohne Beweise mit der Würde Deutschlands nicht erträglich ist, weil die Entpfehlungsforderung mit der Sicherheit des Reiches nach außen und innen unvereinbar ist, weil die Garantieforderungen das deutsche Volk aus der Reihe der selbständigen Nationen streichen, weil dadurch unsere Kinder und Kindeskindestern zu Sklaven der Völker würden. Die Ablehnung würde uns die größten Leiden und Opfer auferlegen. Aber wir können eine erträgliche Gestaltung der Friedensbedingungen erreichen, wenn unsere Feinde endlich einmal unseren festen Willen zur nationalen Behauptung sehen. Sie wollen keinen Frieden, sondern die Vernichtung Deutschlands. Wir wollen uns selbst treu bleiben, dem deutschen Volk auf Wahrheit und Gerechtigkeit und in der Notgemeinschaft die die Feinde uns aufzuwiegen, indem eine einmütige Willensgemeinschaft des deutschen Volkes geboren wird, die den Vernichtungswillen der Feinde aufzuwiegen mag. Wir wollen keine Gewaltpolitik, wir wollen in die Zukunft blicken. Einmal wird Deutschland stark im Rate der Völker sein. (Großer Lärm, Hipp-Hurrarufe links.)

(Präsident Loebe rügt, daß der Abg. Hertz eine vertrauliche Mitteilung des Reichsministers Dr. Simons im Auswärtigen Ausschusse hier wiedergegeben habe. Er bedauert das und bittet die weiteren Redner, dies zu unterlassen.)

Abg. Ledebour (U.S.): Die Unabhängige Sozialdemokratie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Regierung das Ultimatum infolge der angebotenen Gewaltmaßnahmen annehmen muß. Wir beurteilen den Versailler Vertrag als einen Gewaltfrieden des siegreichen Imperialismus ebenso wie die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums als schwere Schädigung für die Arbeiterschaft. Die Befestigung des Ruhrgebietes würde eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht gekannter Ausdehnung herbeiführen, die das deutsche Wirtschaftsleben völlig vernichten würde. Die katastrophalen Erscheinungen würden verstärkt durch die Ablehnung der Entpfehlung und der Verurteilung der Kriegsverbrechen. Die Entente könnte das als eine Völligsteigigkeit Deutschlands auslegen und aus dieser Stimmung heraus die Entscheidung Oberschlesiens zu ungunsten Deutschlands fallen. Ernstlich bemüht, mit der Durchführung der Forderungen Zeit zu gewinnen, schaffte Deutschland wenigstens eine Atempause. Die unvermeidlichen Folgen der verberberischen Entente werden sich bald in den Entente-ländern zeigen, zunächst bei der Arbeiterschaft. Die Annahme des Ultimatums ist das kleinere Übel. Wenn eine Partei in dieser Stunde die Pflicht hätte, an ihre Brust zu schlagen und zu sagen: Herr, sei uns Sünder gnädig, so sind es die Deutschen, diese Heher im Weltkriege. Durch ihre totale politische Unfähigkeit, die sie während des Krieges bezeugt haben, haben sie einen Entschuldigungsgrund. Den Reichstanzler las nehmen wir beim Wort, wenn er von der Freiheit des deutschen Volkes spricht. Als erste Tat muß er eine allgemeine Amnestie für alle politischen Verurteilten ohne Parteiparteiunterschied erlassen, der Ausnahmestand muß fallen, die Sondergerichte beseitigt werden. Das sind die Taten, die wir verlangen. (Beifall bei der äußersten Linken.)

Abg. Dr. Haas (Dem.) führte aus, die Anschauungen in seiner Partei seien geteilt. Vielleicht sei viel gewonnen, wenn Zeit gewonnen sei. Seine Partei spreche die Erwartung aus, daß nunmehr die Entente Oberschlesien befreien oder uns das Recht geben wird, selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Den Engländern und Italienern gebühre Dank für ihre Aufopferung. Wird das Ultimatum angenommen, dann müssen alle Parteien auf seinen Boden treten. Keine Partei dürfe nachher die Regierung sabotieren. Seine Partei werde die Regierung unterstützen.

Abg. Koenen (Komm.) bemerkte: Die neue Regierung verdient keinen Funken von Vertrauen. Die Befestigung des Ruhrgebietes würde der Entente ungeheure Schwierigkeiten machen, besonders dem englischen Imperialismus, denn die englische Arbeiterschaft empfindet die Einfuhr der deutschen Kohle als einen Streikbruch.

Abg. Dr. Heim erklärt namens der bayerischen Volkspartei, keine Partei könne das Ultimatum nicht annehmen. Die bayerischen Einwohnerwehren seien nicht als ständige Einrichtung gedacht. Er hoffe, daß an den Abbau bald gedacht werden könne. Diesen Zeitpunkt zu regeln, hätten die Alliierten in der Hand, wenn sie der Aufstellung und der Entwicklung der Sicherheitspolizei kein Hindernis stellen würde.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Müller-Franken-Krimborn, die namentlich war. Der Antrag erklärt, daß der Reichstag damit einverstanden sei, daß die Reichsregierung die im Ultimatum geforderten Erklärungen abgibt. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Das Ergebnis wurde von der Rechten mit Rufen aufgenommen. Die nächste Sitzung findet heute Mittwoch 2 Uhr statt.

Wandlung in Bayern.

Innerhalb der bayerischen Koalitionsparteien machen sich, so berichtet die „Frankf. Ztg.“ aus München, Strömungen geltend, die einen Wandel in der Haltung gegenüber dem Ultimatum und den mit ihm verbundenen bayerischen Problemen in den Bereich der Wahrscheinlichkeit treten lassen. Zwar haben die Deutschnationalen noch in letzter Stunde einen scharfen Appell an die deutschnationale Reichstagsfraktion gerichtet, in dem sie die schärfste Bekämpfung jeder zur Unterzeichnung bereitwilligen Regierung fordern, doch kommt es, was die Stellungnahme Bayerns betrifft, nicht auf die Deutschnationalen, sondern in erster Linie auf die Bayerische Volkspartei an. In dieser Beziehung verdient außer dem

rechthalten. Eintreten des dem Fraktionsvorsitzenden des nahestehenden „Regensburger Anzeiger“ für die Unterzeichnung und dem immerhin sehr maßvollen Tone, dessen sich auch der ablehnende Teil der Presse dieser Partei befechtigt, der Umstand besondere Beachtung, daß sich nach einer Meldung der „München-Augsburger Abendzeitung“ der geistige Führer der bisherigen bayerischen Sonderpolitik, Dr. Helm, bei der Abstimmung im Reichswirtschaftsrat des Satzung für oder gegen enthalten hat. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ vertritt zwar gleichfalls noch den ablehnenden Standpunkt, doch begleitet sie ihn mit dem Hinweis, daß man das bayerische Empfinden für die gesamten deutschen Interessen unterschätze, wenn man außerhalb und vielleicht auch innerhalb Bayerns glaube, die politische Führung in Bayern gebe nur deshalb dem Rat der Ablehnung, weil die Unterzeichnung die Einwohnerwehrrage in ein neues kritisches Stadium bringen werde. Die „Augsburger Postzeitung“ kommt nach einer eingehenden Prüfung aller für und gegen die Ablehnung sprechenden Momente zu der dringenden Forderung, daß, wie auch die Entscheidung fallen möge, das deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien und Stände sich geschlossen hinter seine neue Regierung stellen und sie entschlossen unterstützungsmäßig unterstützen müsse. Das ist auch die Auffassung, von der sich die demokratische Partei leiten läßt.

Die duplierten Alliierten Frankreichs.

Wie die „N. J. a. M.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist es in der interalliierten Kommission in Opatowitz zu einem offenen Bruch gekommen. Die italienischen und englischen Mitglieder stehen den französischen in scharfer Meinungsgegenüber, denen sie vorwerfen, daß sie angesichts der Sachlage in Oberschlesien versuchen, die Lösung hinauszuziehen. Die Differenzen sind sogar rein persönlicher Natur geworden, und es hat heftige Einzelkämpfe zwischen Mitgliedern der Kommissionen gegeben. Der zweite italienische Bevollmächtigte, der Universitätsprofessor Passagli hat sein Amt niedergelegt und ist abgereist, desgleichen haben zwei englische und ein italienischer Kreiskontrolleur wegen ungenügender Unterstützung um die Entschleunigung von ihren Posten gebeten.

Die englische Presse wendet den Ereignissen in Oberschlesien weiter große Aufmerksamkeit zu. Die „Morningpost“ meldet aus Beuthen, unter den alliierten Vertretern und verantwortlichen Stellen herrsche große Unzufriedenheit über die Parteihaltung, die von den Franzosen den polnischen Aufständischen gegenüber an den Tag gelegt worden sei. Bei Ausbruch der Aufstandsbewegung hätten die Franzosen mit 9 Bataillonen Infanterie, Tanks, 1 Kavallerieregiment und Artillerie sich unartig verhalten, während die Italiener, getreu der Alliierten Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten, über 100 Mann Verluste hatten. Die geringen Verluste der Franzosen seien hauptsächlich Unglücksfällen zuzuschreiben. Im Landstrich Beuthen erfuhr der britische Kontrollleur am Tage vor Ausbruch des Aufstandes, daß die französischen Truppen in seinem Gebiet auf eine Kompanie herabgesetzt worden wären. In Groß-Strelitz gaben auf Ansuchen des britischen Kontrollleures die französischen Artilleristen 5 Schuß ab; dann griff jedoch der französische Oberbefehlshaber ein. Die Demütigung der britischen und italienischen Offiziere war vollständig und das Prestige der Entente erlitt einen schweren Schlag. Die britischen und italienischen Mitglieder der Kommission verurteilten, unparteiisch zu sein; die Franzosen traten jedoch tatsächlich die Regierung in Oberschlesien an Korfant ab, anstatt die erste Pflicht der Alliierten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, auszuüben. Die Polen hätten niemals den Aufstand begonnen, wenn sie nicht zuvor der Saltung der Franzosen sicher gewesen wären. Die Aufständischen hätten sogar Befehl, allen französischen Truppen aus dem Wege zu gehen. „Daily Telegraph“ bezeichnet den polnischen Aufstand als eine verhängnisvolle Herausforderung. Es kann dem Worte zufolge kaum angenommen werden, daß der Oberste Rat bereit sei, das ober-schlesische Problem zu beenden, während die Lage noch so ist, daß ein Beschluß entweder ergehen würde als eine Unterwerfung unter Korfant's Ansehen, oder als eine Erlaubnis an Deutschland, seinen Anteil mit Gewalt zu nehmen, was zweifellos zu einem Kriege zwischen Deutschland und Polen führen würde. Ein diplomatischer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Gedanke langsam an Boden gewinnt, den Beschluß bezüglich Oberschlesiens dem Völkerbunde zu überlassen. Die „Times“ fordern im Interesse des europäischen Friedens weiter energische Anstrengungen, um den ungerechtfertigten und tödlichen Aufstand zu unterdrücken. Das Blatt schreibt, die Alliierten hätten es übernommen, Gesetz und Ordnung in Oberschlesien zu wahren; sie müßten ihre Pflicht tun und ihr Wort halten. Korfant und seine Anhänger forderten die ganze Grundfrage des Friedensvertrages von Versailles heraus.

Ein frecher Lügner.

Der Häufelührer der polnischen Aufständischen in Oberschlesien, Korfant, hat mit Hilfe der amtlichen polnischen Funktionäre in Wosen am 8. Mai folgenden Funkspruch an den Reichstanzler geschickt: Aus sicherer Quelle erfährt ich, daß bewaffnete Organe in und in Jübil geklebte Reichswehrsoldaten den Pfarrer Droschel aus Konstadt und ferner einen gewissen Graber und zwei andere Personen aus Konstadt sowie den alten gebrechlichen Greis Szajczak aus Karlsruh (Kreis Opatowitz) als Geiseln verschleppt haben. Ich habe bis jetzt keine Geiseln genommen, weil ich das Geiselnnehmen für einen barbarischen Brauch halte. Wir haben lediglich Gefangene abgeführt, welche mit der Waffe in der Hand abgeführt worden sind. Sie werden menschlich behandelt. Ich lasse Eure Organe wissen, daß, wenn die als Geiseln genommenen Polen nicht binnen 48 Stunden, d. h. bis Dienstag, den 10. Mai, in ihre Wohnorte zurückgebracht worden sind, ich am Mittwoch die doppelte Zahl der angehaltenen Deutschen in den von unseren Truppen besetzten Gebieten als Geiseln in die Gefängnisse abführen lasse.

Die Reichsregierung hat es abgelehnt, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkspruch ist gestern morgen so gleich dem deutschen Bevollmächtigten in Opatowitz übermittelt worden, damit von dort aus der Tatbestand festgestellt und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korfant angekündigten Repressalien verhindert werden können. Wenn Korfant aber behauptet, er habe keine Geiseln festgenommen lassen, so muß im Gegensatz dazu festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angehaltene deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln festgehalten worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission und von der polnischen Regierung wurde die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert. Im übrigen wird durch diesen Funkspruch erneut festgestellt, daß die Funktionäre der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentenlager zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen bereits Einspruch erhoben worden.

Die Arbeitslosigkeit.

Nach einer im englischen Unterhause von Seiten der Regierung abgegebenen Erklärung betrug die Zahl der Arbeitslosen am 30. April 1921 854 000, die der Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit 1 077 000. Am 1. April hatten die gleichen Zahlen gelaufen 1 506 000 beziehungsweise 888 000.

Die „Morning Post“ meldet aus Washington, daß dem amerikanischen „Economist“ zufolge die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten niemals so hoch war wie augenblicklich. Die Regierung schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf 3 Millionen, die Arbeiterverbände schätzen sie jedoch auf mindestens 5 Millionen. Der „Economist“ schreibt, die Ursache für die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten dem ausländischen Wettbewerb zu.

Kurze polit. Nachrichten.

* Kriegsgefangenenlager Flavy le Martel. Deutsche Kriegsgefangene, die bis zum Frühjahr 1918 in einem Kriegsgefangenenlager Flavy le Martel (Westen) untergebracht waren, werden gebeten, der Seeres-Friedenskommission des Reichswehrministeriums möglichst telegraphisch ihre jetzige Anschrift mitteilen zu wollen.

Badische Uebersicht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Karlsruhe, 10. Mai. Zu den Meldungen über die Sammlung von Eisenbahnwagen aus Baden für die französischen Ruhrtransporte teilt die Generaldirektion mit, daß sie die Zuführung von Güterwagen zu Truppentransporten ins besetzte Gebiet bis auf weiteres unter sagt hat. Bezüglich der Abführung der in Waldhof stehenden Wagen ist die Eisenbahndirektion Mainz zuständig, da die Station Waldhof in deren Bezirk gehört.

Am Samstag den 14. Mai werden die Güterhallen und Güterhalter bei den Stationen und Güterämtern im Eisenbahngeneraldirektionsbezirk Karlsruhe um 2 Uhr nachmittags geschlossen. Für Stationen auf schweizerischem Gebiet finden die schweizerischen Bestimmungen Anwendung.

DZ. Mannheim, 10. Mai. Der Verband gemeinnütziger Theater trat gestern hier zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es handelt sich um die Hauptvertretung der deutschen Staatstheater, der in eigener Verwaltung geführten städtischen Bühnen, der Wandertheater und Volkstheater. 62 Vertreter hatten sich zu der Tagung eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Kucher-Mannheim betonte, die Aufgabe der gemeinnützigen Theater bestehe darin, dazu beizutragen, daß die gemeinnützigen Theater ihrer Aufgabe, dem deutschen Volke den Genuß wertvoller Bühnenwerke in guten Aufführungen darzubieten, in möglichst vollkommener Weise gerecht werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Der Stadtrat beschloß die Herstellung eines Verbindungsweges durch das alte Bahnhofgebäude zwischen Marien- und Adlerstraße mit einem Kostenaufwand von 30 000 M. Daburch wird eine neue Verbindung zwischen Süd- und Mittelstadt geschaffen, die im öffentlichen Verkehrsinteresse begrüßt werden darf.

Bevölkerungsstatistik. Die Zahl der Einwohner betrug am 31. Dezember 1920 in Karlsruhe 138 170 gegen 142 942 im Dezember 1913. Die Zahl der Eheschließungen stellten sich im Jahre 1920 auf 2155 gegen 1050 im Jahre 1913, also über das Doppelte. Die Zahl der Geburten betrug im Jahre 1920 3433 (1913: 2945), davon Lebendgeborene 3371, darunter männliche 1695, weibliche 1676. Gestorben sind im Jahre 1920 1984 (1913: 1877) darunter unter einem Jahre 349. Unter den Todesursachen sind hervorzuheben: Altersschwäche 185, Tuberkulose der Lunge 243, Lungenerkrankung 186, Infuenza und Grippe 84, Gehirnschlag 108, Herzschlag 69, Magen- und Darmkatarrh 64, Krebs 154, Selbstmord 24, Nord, Totschlag und Hinrichtung 3, Verunglückung 59. Das erste Vierteljahr 1920 hat im Gegensatz zu den ersten drei der Stadt Karlsruhe einen Bevölkerungsgewinn gebracht, die Einwohnerzahl ist um 1940 Personen gestiegen.

Eine Gedenkfeier veranstaltete am Abend des Geburtstags des Dichters der Karlsruher Lieberkranz am Gedenkmal im Schloßgarten. Pfarrer Hindenlang feierte in einer Gedächtnisrede Hebel als den guten Geist unseres Volkes, der uns den rechten Weg zu uns selbst, zur Einfachheit und zum Pflichtbewußtsein zeigen konnte. Einige stimmungsvolle Chorvorträge bildeten den Rahmen der feierlichen Feier.

Der erste Kinderzug für den Deuberg. Am Donnerstag den 12. d. M. vormittags 10½ Uhr, verläßt der erste Kinderzug mit 700 Kindern, die in das Kinderheim Deuberg reisen, den Hauptbahnhof. Aus der Stadt Karlsruhe befinden sich 360 Kinder bei dem Transport, 60 aus Ettlingen, 20 aus Saarbrücken, die übrigen aus Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und aus Norddeutschland.

Staatsanzeiger.

Anspruchung der Mittel für die Landeskohlenstelle betr. Für die Berechnung der von den gewerblichen Verbrauchern zu erhebenden Beiträge bleiben gegenüber den inzwischen eingetretenen Kohlenpreiserhöhungen die Kohlenpreise maßgebend, die zur Zeit des Erlasses der Anordnung des Ministeriums des Innern vom 6. September 1920 (Karlsruher Zeitung vom 9. September 1920 Nr. 206) gemäß § 61 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz festgesetzt waren.

Karlsruhe, den 6. Mai 1921.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
F. A. Föhrerbach. Braun,

Das Generalkonsulat der Republik Cuba betr. Herr Luis Rodriguez Embil ist seitens der cubanischen Regierung zum Cubanischen Generalkonsul für Deutschland in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 3. Mai 1921.
Badisches Staatsministerium.
Ministerialabteilung für Präsidialsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

Wahlrechtsfrage, hier die Übernahme von Sammlungen betr.

Dem deutschen Beamten-Berufsverband in Berlin wurde zugunsten der Beamtenberufshilfe und der Beamtenberufshilfe durch die Genehmigung zur Sammlung von Geldspenden durch Auftrags, Werbeschreiben und Sammellisten insbesondere auch durch Veranstaltung eines Opfertages innerhalb der Beamtenkreise bis einschließlich 30. September 1921 für das Land Baden unter folgenden Bedingungen erteilt:

- a) die Genehmigung erstreckt sich nicht auf Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen,
- b) das Ergebnis der Sammlungen ist im Benehmen mit dem Landeskartell Baden des Deutschen Beamtenbundes in Karlsruhe zu verwenden.

Karlsruhe, den 4. Mai 1921.

Bad. Ministerium des Innern.
J. B.: Arnold. Braun.

Die mit Württemberg und Hessen gemeinschaftlichen Sachverständigenkammern betr.

Durch Entschliebung des Württ. Herrn Staatspräsidenten vom 30. April d. J. sind der ordentliche Professor an der philosophischen Fakultät der Universität Tübingen Dr. S. Schneider zum ordentlichen Mitglied und stellvertretenden Vorsitzenden, der Verlagsbuchhändler Paul Schumann, Teilhaber der Firma J. Engelhorn Nachf. in Stuttgart, zum ordentlichen Mitglied, und der Vermessungsinspektor Steinbrunn, Leiter der Kupferstichstelle des Württ. Statistischen Landesamtes in Stuttgart, zum stellvertretenden Mitglied der Sachverständigenkammer für Werke der Literatur für Württemberg, Baden und Hessen ernannt worden.

Die Genannten ersehen die verstorbenen Professor Dr. Hermann von Fischer, Verlagsbuchhändler Dr. Paul Sieber und Lithograph Max Seeger.
Karlsruhe, den 3. Mai 1921.
Justizministerium.
Der Ministerialdirektor:
Bernauer. Dietsche.

Bekanntmachung.

Die Bestimmung über die Verwendung kleiner Frachtbriefmuster und über deren Ausdruck sind mit der Maßgabe aufgehoben worden, daß die nach diesem Muster hergestellten Frachtbriefe noch bis zum 31. Dezember 1921 verwendet werden dürfen.

In der Bemerkung am oberen Rande der Frachtbriefmuster wird zwischen den Worten „Eigentumsmerkmale“ und „des Wagens“ eingeschaltet: „sowie das Ladegewicht“. Frachtbriefe ohne diese Einschaltung dürfen noch bis zum 31. Dezember 1921 verwendet werden.

In § 90 Eisenbahnverkehrsordnung werden die Frachtaufschläge bei unrichtiger Inhaltsangabe der von der Beförderung ausgeschlossenen oder nur bedingungsweise zugelassenen Güter oder bei Außerachtlassung der Sicherheitsvorschriften der Anlage C durchweg erhöht und im übrigen die Bestimmungen wegen unrichtiger Inhaltsangabe auch auf die unrichtige Angabe des Ladegewichts im Frachtbriefe ausgedehnt.

Klavierstimmen
bei gewissenhafter Ausführung und mäßigen Preisen in und außer Abonnement übernimmt:
J. Kunz,
21 Kari-Friedrichstraße 21 — Fernspr. 2713

Praktische Säuglingskleidung
Abbildungen, Schnittmuster und Stickeravorlagen.
Preis Mf. 3.20
Herausgegeben von der
Werbestelle für deutsche Frauenskultur
Vereine, Organisationen usw. erhalten bei Bezug größerer Partien einen steigenden Rabatt.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe (Baden)
Karl-Friedrichstraße 14.

Verlangen Sie überall
RIEMPP
fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen offen u. abgepackt
Mischung mit 10-25-50% Bohnenkaffee
Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
Sie erhalten Qualität!

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 12. Mai, 6^{1/2}-10 Uhr. Mk. 12.—
Judith.
Sie kaufen Fahrräder, Teile, Gummi u. Nähmaschinen staunend billig.
Fahrradindustrie Karlsruhe
Christian Kungmann
Karlsruhe i. B. Fähringerstraße 37

Maschinenfabrik Badenia
vorm. Wm. Pläß Söhne, A.-G. Weinheim (Baden).
Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir zu der am Samstag, 3. Juni 1921, vormittags 10 Uhr, in den Geschäftsräumen zu Weinheim stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung ein.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals von nominell M. 4.000.000.— auf Mark 8.500.000.— durch Ausgabe von 4000 Stammaktien zu je M. 1000.—, sowie M. 500.000.— 6% Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, beide auf den Inhaber lautend, und Festlegung der Modalitäten hierfür.
2. Änderung der Satzung.
3. Erhöhung des Grundkapitals. §§ 15 u. 16. Einberufung und Beschlußfähigkeit des Aufsichtsrates.
§ 20. Beschlußfähigkeit der Generalversammlung.
§ 23 Abs. 4 erhält folgenden Zusatz:
Die auf der Aufsichtsratsvergütung fällige Abgabe trägt die Gesellschaft.
Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine mit den Nummern der Aktien versehenen Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung bei einem deutschen Notar spätestens bis Mittwoch, 1. Juni 1921, nachmittags 3 Uhr, bei der Gesellschaftskasse in Weinheim oder den Bankhäusern: Rheinische Creditbank in Mannheim u. deren Zweigniederlassungen und Pfälzische Bank in Ludwigshafen a. Rh. und deren Zweigniederlassungen hinterlegen.
Weinheim, den 10. Mai 1921.
Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Pläß Söhne A.-G.
W. Pläß, A. v. Arndt, A. Honold.

Praktische Säuglingskleidung
Abbildungen, Schnittmuster und Stickeravorlagen.
Preis Mf. 3.20
Herausgegeben von der
Werbestelle für deutsche Frauenskultur
Vereine, Organisationen usw. erhalten bei Bezug größerer Partien einen steigenden Rabatt.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe (Baden)
Karl-Friedrichstraße 14.

Verlangen Sie überall
RIEMPP
fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen offen u. abgepackt
Mischung mit 10-25-50% Bohnenkaffee
Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
Sie erhalten Qualität!

Badische Feuerversicherungs-Bank Karlsruhe.
Gemäß § 28 der Statuten werden die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft hierdurch zu der am Dienstag, den 14. Juni 1921, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaal des Bankhauses seit R. Gomburger in Karlsruhe, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Geschäftsberichts des Vorstandes und des Berichts des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz, über die Gewinnverteilung und über die dem Vorstande und dem Aufsichtsrate zu erteilende Entlastung.
3. Beschlußfassung über die Annahme des Angebots der Allianz Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin auf Übernahme der gesamten Aktiva und Passiva der Badischen Feuerversicherungs-Bank unter Ausschluß der Liquidation.
Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, welche im Besitze einer von der Gesellschaft ausgestellten Eintrittskarte sind. Die Eintrittskarte wird solchen Aktionären zu gestellt, welche im Aktienbuch eingetragen sind und welche ihre Teilnahme an der Generalversammlung unter Angabe der Nummern der Aktien der Gesellschaft schriftlich angezeigt haben. Diese Anzeige muß spätestens am dritten Werktage vor der Generalversammlung — 10. Juni 1921 — im Besitze der Gesellschaft sein (§ 29 der Statuten).
Karlsruhe, den 10. Mai 1921.
Der Aufsichtsrat:
W. Hoffmann, Vorsitzender.

Maschinenfabrik Badenia
vorm. Wm. Pläß Söhne, A.-G. Weinheim (Baden).
Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir zu der am Samstag, 3. Juni 1921, vormittags 10 Uhr, in den Geschäftsräumen zu Weinheim stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung ein.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals von nominell M. 4.000.000.— auf Mark 8.500.000.— durch Ausgabe von 4000 Stammaktien zu je M. 1000.—, sowie M. 500.000.— 6% Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, beide auf den Inhaber lautend, und Festlegung der Modalitäten hierfür.
2. Änderung der Satzung.
3. Erhöhung des Grundkapitals. §§ 15 u. 16. Einberufung und Beschlußfähigkeit des Aufsichtsrates.
§ 20. Beschlußfähigkeit der Generalversammlung.
§ 23 Abs. 4 erhält folgenden Zusatz:
Die auf der Aufsichtsratsvergütung fällige Abgabe trägt die Gesellschaft.
Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine mit den Nummern der Aktien versehenen Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung bei einem deutschen Notar spätestens bis Mittwoch, 1. Juni 1921, nachmittags 3 Uhr, bei der Gesellschaftskasse in Weinheim oder den Bankhäusern: Rheinische Creditbank in Mannheim u. deren Zweigniederlassungen und Pfälzische Bank in Ludwigshafen a. Rh. und deren Zweigniederlassungen hinterlegen.
Weinheim, den 10. Mai 1921.
Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Pläß Söhne A.-G.
W. Pläß, A. v. Arndt, A. Honold.

Fuhrwerksunternehmen
In H. Stadt, Nähe Karlsruhe, rentables Fuhrwerksunternehmen m. leb. u. tot. Zub., hoch. Reingew., Übernahme sof. f. preisw. zu verkaufen. Aufschluß unt. Nr. 1566 erteilt R 204
Fischer & Co.,
Immobilien, München, Priemayerstr. 10, Teleph. 51519.

Steinlieferung zum Rheinbau.
Die Rheinbauinspektion Offenburg vergibt die freie Lieferung von 1200 cbm Rheinbausteinen in 4 Losen für die Strecke Ottenheim-Freistett, Maßgebend für die Verbindung ist die Verordnung des Finanzministeriums vom 8. Januar 1907. Lieferungsbedingungen und Angebotsvordrucke liegen bei den Dammeistern in Ottenheim, Nehl und Freistett auf. Angebote längstens bis Samstag, den 14. Mai d. J., vorm. 9 Uhr, an die Inspektion. R.137.2.
Zichtengerbrindenverkauf
Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) verkauft freihändig den diesjährigen Anfall an Zichtengerbrinden geschätzt zu 1000 Zentner. Angebote ab Bald bis 25. Mai erbeten. R.150
Am Samstag, den 14. Mai, werden die Güterhallen und Güterhalter bei den Stationen u. Güterämtern im Eisenbahn-Generaldirektionsbezirk Karlsruhe um 2 Uhr nachm. geschlossen. Für Stationen auf schweizerischem Gebiet finden die schweizerischen Bestimmungen Anwendung. R.163
Karlsruhe, 10. Mai 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.
Bereins-Register.
Durlach. Vereinsregister. Eingetragen wurde: Fußball-Club Viktoria 1906 mit Sitz in Bergshausen. Amtsgericht Durlach. R.162
Ettlingen. Vereinsregister. Im Vereinsregister wurde unter D.-Z. 18 der „Verein Jugendhilfe Ettlingen“ in Ettlingen eingetragen. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts. R.162
Ettlingen, 4. Mai 1921.

Oberbürgermeisters
der Stadt Offenburg wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.
Bewerbungen wollen unter Angabe der persönlichen Verhältnisse, der bisherigen Tätigkeit sowie der Gehaltsansprüche bis längstens 31. d. Mis. hierher eingereicht werden.
Offenburg, 9. Mai 1921.
Stadtrat.
Holler. R.205
In gr. Stadt Nähe Karlsruhe
Villen-Anwesen
m. 10 Zimmern, Nebenr., el. Licht, Gas, Warmwasserheizung, Anoleum und Pflanzboden, weggangshalber sof. zu verkaufen. Erste Restelanten etc. Aufschluß unt. Nr. 1567.
Fischer & Co.
Immobilien, München, Priemayerstr. 10, Tel. 51519.

Stellengefuch.
Junger **Rechtschreiber**, 21 Jahre alt, welcher auch im kaufmännischen Fach bewandert ist, sucht Stellung auf Bureau gleich welcher Art. Prima Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter R. 193 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bürgermeisters
bis 1. Juli 1921 zu belegen. R.183.2.
Belegene Bewerber aus dem Verwaltungsdienst wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche an den Gemeinderat einbringen. R.183.2.
Rheinlingen, 30. April 1921.
Der Gemeinderat.
Bericht. Bekanntmachungen
Grab, Maurer, Steinbauer, Zimmer, Dachdecker, Blechner, Verbug, Glaser, Schreiner, Schlosser und Anstreicherarbeiten zur Herstellung von Stockaufbauten auf die Zwischenbauten des Lokomotivschuppens A im Bahnhof Offenburg, sind auf Grund der Bestimmungen über das Verdingungsverfahren zu vergeben. Die Bedingungenunterlagen liegen auf dem Dienstzimmer unserer Hochbauabteilung zur Einsicht auf. Angebotsvordrucke dort erhältlich. Die Angebote sind verschlossen, postfrei, mit der nötigen Aufschrift versehen, bis Mittwoch, den 25. Mai, vorm. 10 Uhr, bei uns eingereichen. R.149.21
Offenburg, 9. Mai 1921.
Hochbauabteilung.
Grab, Maurer, Zimmer, Dachdecker u. Blechnerarbeiten zur Vergebung des Holzschuppens für Lokomotivfeuerholz beim Lokomotivschuppen A im Bahnhof Offenburg sind auf Grund der Bestimmungen über das Verdingungsverfahren zu vergeben. Die Bedingungenunterlagen liegen auf dem Dienstzimmer unserer Hochbauabteilung zur

Central-Güterrechts-Register für Baden.
Bühl. R.161
Güterrechtsregistereintragung Band II Seite 489: Will, Ferdinand, Steinmek, und Fritz, Charlotte in Steinbach. Vertrag vom 28. April 1921. Er rungenschaftsgemeinschaft des W. Das Weistringen der Ehefrau, bestehend in beweglichen Sachen im Aufschlag von 24 000 M., sowie in Forderungen u. Wertpapieren im Nennwert von zusammen 44600 M., ferner alles von ihr bei Lebzeiten oder von Todeswegen unentgeltlich erworbenes Vermögen wird als deren Vorbehaltsgut erklärt.
Bühl, 10. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts 2.
Bruchsal. R.112
Güterrechtsregistereintragung Band III Seite 33: Gimmer, Alois, Bahnarbeiter in Ringolsheim, und Ida geb. Sieber. Vertrag vom 15. April 1921: Er rungenschaftsgemeinschaft des W. Das eingebrachte Gut der Ehefrau und alles Vermögen, was sie künftig durch Erbfolge, Vermächtnis, Pflichtteil oder Schenkung unter Lebenden erwirbt, ist zum Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 30. April 1921.
Amtsgericht.
Bruchsal. R.113
Güterrechtsregistereintragung Bd. III S. 34: Abrecht, Karl, Schlosser in Langenbrüden, und Klara Eva geb. Boll. Vertrag vom 20. April 1921: Er rungenschaftsgemeinschaft des W. Das eingebrachte Gut der Ehefrau, sowie alles Vermögen, was dieselbe noch durch Erbschaft, Schenkung, Pflichtteil oder Vermächtnis erwirbt, ist als Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 30. April 1921.
Amtsgericht.
Mannheim. R.145
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
Seite 319: Philipp Schick, Former, und Marie Rosina geb. Diebler in Mannheim-Baldhof. Vertrag vom 30. April 1921. Gütertrennung. Mannheim, 7. Mai 1921.
Bad. Amtsgericht 2. G. 4.
Pforzheim. R.92
Güterrechtsregistereintragung. In das Güterrechtsregister Band II Seite 256 wurde heute eingetragen: Kleinhaus, Leopold, Fuhrmann, und dessen Ehefrau Maria Theresia geb. King in Majlat. Vertrag vom 28. April 1921. Gütertrennung gemäß §§ 1426 ff. BGB. unter Aufhebung der Verwaltung u. Rücknahme des Ehemannes an dem Vermögen der Ehefrau.
Majlat, 29. April 1921.
Amtsgericht.
Schweigenen. R.114
Güterrechtsregistereintragung Band II zu Seite 370: Zimmermann, Eugen, Schuhmacher in Schweigenen, und Sofie geb. Schleich. Vertrag vom 24. März 1921. Er rungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut. Die Beschränkung der Schlüsselgewalt der Ehefrau wurde aufgehoben.
Schweigenen, 6. Mai 1921.
Amtsgericht 2.